

Thesenpapier zur Formulierung eines Magdeburger Memorandums

Präambel

Im Rahmen des Empowerment-Kongresses soll vom 19.-21.9. 2007 ein „Magdeburger Memorandum“ erarbeitet werden. Das nachfolgende Thesenpapier dient als Ausgangspunkt zur Strukturierung der Diskussion auf dem Kongress. Es soll helfen, die vielen unterschiedlichen Ideen, Zukunftsentwürfe und theoretischen Konzeptionen zu bündeln und Entwicklungslinien für bürgerschaftliches Handeln sichtbar werden zu lassen. Der Kongress dient als Forum zur Debatte der einzelnen Thesen. Der Diskussionsprozess gipfelt in der angestrebten Verabschiedung des Magdeburger Memorandums in der Abschluss-Veranstaltung am 21.9.2007 und der Veröffentlichung der Kongress-Ergebnisse.

Denkanstöße zur Entwicklung der Bürgergesellschaft

1. Das Prinzip der *Erwerbsarbeit für alle zur Sicherung des Lebensunterhaltes* reicht für die industrialisierten Gesellschaften des 21. Jahrhunderts nicht mehr aus. Es wird ergänzt durch das erweiterte Prinzip von *Tätigkeit und Grundsicherung für alle*.
2. Eine wachsende Zahl von Menschen fühlt sich mit der traditionellen Parteien-Demokratie unzufrieden. Viele Bürger streben nach wirksameren Formen der Demokratie und einem Mehr an gesellschaftlicher und politischer Beteiligung.
3. Deshalb muss die bestehende gesellschaftliche Rollenverteilung zwischen Politik, Wirtschaft sowie Verwaltung auf der einen Seite und Bürgern auf der anderen Seite neu überdacht werden. Das Engagement der Bürger ist in einer steten Entwicklung begriffen. Aus ihm erwächst ein erweiterter Anspruch auf Gestaltung des Gemeinwesens.
4. Die Unterzeichner des „Magdeburger Memorandums“ gehen davon aus, dass über den erwerbsarbeitsorientierten Sozialstaat hinaus die *Tätigkeitsgesellschaft* immer größere Bedeutung gewinnt: Während der Sozialstaat zunehmend an seine Grenzen stößt, z.B. hinsichtlich seiner Finanzierbarkeit, vermag die Tätigkeitsgesellschaft auch außerhalb der Gesetzmäßigkeiten der Profitmaximierung zu wirken und selbst organisierte Potentiale bereitzustellen.
5. Grundhaltung und Methodologie der bürgerschaftlichen Tätigkeitsgesellschaft bildet das *Empowerment*, welches die Entfaltung des Einzelnen in umfassender Solidarität – auch mit den Schwächsten und den Fernsten – befördern will. Der Ansatz beruht auf einem nachhaltigen, kontinuierlich ausgehandelten Geben und Nehmen zwischen dem aktiven, mündigen Bürger und der Gesellschaft. Empowerment fördert ungenutzte Ressourcen, Lernen und Multiperspektivität, es benötigt bürgerfreundliche Beteiligung, flexible Strukturen und soziale Netzwerke.
6. Die Individuen wählen selbstbestimmt zwischen Arbeit in der klassischen Form, Eigenarbeit und Tätigkeit in der Bürgergesellschaft. Kriterien für die jeweilige Wahl finden sich im Wechselspiel von äußeren Rahmenbedingungen, den Bedürfnissen der Individuen und den Anforderungen des Gemeinwesens.

Thesepapier zur Formulierung eines Magdeburger Memorandums

7. Die sich entwickelnde bürgerschaftliche Tätigkeitsgesellschaft regelt das Verhältnis zwischen Bürgern, Verwaltung, Politik und Wirtschaft neu: Trennung von Arbeit und Einkommen, Lebensarbeitskontingente, lebenslanges Lernen, Nutzung biographischer Ressourcen, Gesundheitsförderung und praktische Lebenskunst sowie intergenerative Solidarität sind Grundthemen einer zukunftsfähigen Gesellschaft.
8. Als Lebensunternehmer/Innen verhandeln Bürger und Interessensgruppen auf öffentlichen Marktplätzen über ihre Bedürfnisse, Ressourcen und biographiebezogenen Tätigkeitskontingente. Diese orientieren sich an den materiellen und spirituellen Gelegenheiten und Notwendigkeiten. Sie gestalten auf verschiedenen Ebenen des Gemeinwesens wertdefinierte gesellschaftliche und persönliche Anliegen.
9. Die sich entwickelnde Bürgergesellschaft bringt eine neue Art der Beruflichkeit hervor. Professionalität wird daran bemessen, in welchem Ausmaß sie Tätigkeit, Bürgerbeteiligung, Deckung von Bedarfen, Gesundheit und Eigenvorsorge, Individualität und Kreativität, Intergenerationalität und ökologische Nachhaltigkeit auf hohem fachlichem Niveau zu „empowern“ vermag. Hierzu ist eine entsprechende öffentlich geförderte Infrastruktur notwendig. Öffentlich finanzierte Dienstleistungen werden an den Nachweis von Partizipation und Empowerment gebunden.
10. Empowerment bedarf – um nachhaltig wirksam werden zu können - einer angemessenen öffentlichen Wertschätzung und gesellschaftlichen Anerkennungskultur, unterstützender Strukturen mit zuverlässiger sozialer Grundsicherung sowie der Teilhabe an politischen Entscheidungsprozessen.

Empowerment ist eine Herausforderungen für uns alle in Hinblick auf eine zukunftsorientierte Tätigkeitsgesellschaft – unabhängig davon, auf welchen Verantwortungsebenen wir tätig sind.

Mitwirkung an der Redaktion: Meinrad Armbruster, Beate Blank, Susanne Elsen, Eberhard Göpel, Erhard O. Müller, Ines Mula, Susanne Schlabs, Titus Simon